wische Beziehungen der kleinen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den machtigen Regierungen, die sich für nachbarbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Graf Hertling vorschlägt, warum nicht „auch wirtschaftliche Fragen?“ Die nationalen Beziehungen der Völker werden ebenso sehr berührt wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu billigen Handelsbeziehungen.

Graf Czernin

scheint einen klaren Blick über die fundamentalen Elemente des Krieges zu haben. Jedoch scheint er sie verdunkeln zu wollen. Er sieht ein, daß ein unabhängiges Polen, zusammengestellt aus allen Ländern der polnischen Rasse, gebildet werden muß. Er sieht ferner ein, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß. Wenn er über Fragen schweigt, welche die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Oesterreichs allein berühren, so ist dies natürlich. Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausche der Ansichten fortzufahren, ist einfach und klar.

Die anzuwenden Grundsätze

sind folgende:

1. daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen dauerhaften Frieden herbeiführen wird;

2. daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhoheit in eine andere herumgeschoben werden;

3. daß jedoch jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines blohen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;

4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen.

Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage erzielt, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als

den Krieg fortzusetzen.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze schon überall als zwingend akzeptiert worden, außer von den Vorführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nur als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Krieg wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Wege niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt zeitweise mobilisiert. Wir werden nicht ruhen, bis das nicht im ganzen geschehen ist.

Unsere Truppensendungen werden noch beschleunigt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Krieg zur Befreiung von der Bedrohung und von der Vorherrschaft selbstsüchtiger Gruppen von autokratischen Herrschern eingesetzt werden. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und für kein Volk eine Bedrohung. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit. (W. T.-B.)

Pressestimmen.

In der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung wird gesagt: Der neue Ton in den Aeußerungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten sei entschieden ein Fortschritt. Sachlich biete jedoch die Botschaft Wilsons nichts Neues. Nicht wir und unsere Bundesgenossen sind es, heißt es weiter, die dem Frieden Hindernisse bereiten, sondern die eigenen Bundesgenossen Wilsons. Wilson müßte sich zuerst an seine Bundesgenossen wenden, um sie für seine Grundsätze zu gewinnen, von denen sie bisher nichts wissen wollten. Bis jetzt laufen seine Vorschläge auf nichts anderes hinaus, als die Welt zu einem angelsächsischen Frieden zu zwingen. Er würde keinen Dauerfrieden, sondern eine Tyrannei Englands und der Vereinigten Staaten bedeuten.

In Wilsons Antwort an Hertling und Czernin sagt das Berliner Tageblatt: Die schönklingenden Worte können nicht vergessen machen, daß der Oberste Kriegsrat der Alliierten in Versailles den allgemeinen Frieden bis auf weiteres verworfen hat. Dieser Kriegsrat hat als die einzige unmittelbare Aufgabe der Alliierten bezeichnet, den Krieg mit der äußersten Kraftanstrengung fortzusetzen, bis die Bedingungen der Alliierten erfüllbar seien. Wilsons Pläne können nicht vergessen machen, daß diese Bedingungen für Deutschland unannehmbar sind. Die neue Rede zeigt die Neigung Wilsons, die Friedensdiskussion fortzusetzen. Das kann aber erst an dem Tage praktischen Wert gewinnen, wo auch die Gesamtpolitik der Entente sich zugunsten des allgemeinen Friedens entscheiden wird.

Der Lokalanzeiger schreibt: Wenn Wilson die Liebe des Grafen Hertling bage und verwirrend findet, so wird man eher sagen können, daß der trübe Strom seiner Beredsamkeit auch diesmal nach Möglichkeit undurchsichtig gehalten ist. Der Gerichtshof der Menschheit, den er als maßgebend für die Anwendung seiner Prinzipien erklärt, ist doch nur phrasenhafter Verschleierung besien, daß die Mittelmächte am Verhandlungstisch durch die beiden angelsächsischen Mächte majorisiert werden sollen. Worauf das praktisch hinauslaufen würde, ist durch die freundliche Absicht Wilsons belegt, unsere deutsche Ostmark von uns loszureißen.

In der Vossischen Zeitung heißt es: Der Gerichtshof der Menschheit Wilsons verschleiert den Anspruch Amerikas, den Vorsitz in dem Weltgericht einzunehmen, das nicht nur über Deutschland, nicht nur über Europa, sondern über die Aufteilung der Welt entscheiden soll. Amerikas Ziele sind vollkommen greifbarer Art: Die einzige Solidarität gegen jede europäisch asiatische Kontinentalpolitik verbindet Amerika mit England.

Die Tägliche Rundschau meint: Wilson habe sich diesmal einer zivilisierteren Sprache bedient, als sie ihm sonst eigentümlich, aber weder seine alte Taktik der Hetzerregung gegen Deutschlands „Autokratie“, noch den Versuch der Erregung von Zwiespalt zwischen den Mittelmächten aufgegeben, noch sein Hauptziel aus dem Auge verloren, die Errichtung der anglo-amerikanischen Weltherrschaft unter der Firma der Völkergemeinschaft.

Der Vorwärts schreibt:

Wilson sagt: „Ein allgemeiner Friede auf derartiger Basis kann sofort besprochen werden. Aber bis dahin können wir nichts anderes tun, als weiterkämpfen.“ Es handelt sich also zunächst um die Feststellung, ob die deutsche Regierung bereit ist, einen allgemeinen Frieden auf derartiger Grundlage zu besprechen. Bei dieser Besprechung würde sich dann auch herausstellen, ob Wilson recht hat, wenn er behauptet, das Hinderniß für einen Frieden nach gerechten Grundsätzen, wobei „das Bestehende, soweit das ohne allzu große Schwierigkeiten möglich ist, beibehalten werden soll“, wirklich nur bei den Alldeutschen und nicht etwa auch bei den Alsengländern und den Alsfranzosen liegt. Oder vielleicht auch bei den Allpolen, deren allfällige Begünstigung durch Wilson nicht außer acht gelassen werden kann!

Rumänien vor der Entscheidung.

Heute soll sich entscheiden, ob Rumänien und der Vierbund miteinander Verhandlungen beginnen werden. Wie das Berl. Tagebl. berichtet, habe der Vierbund die rumänische Regierung in Jassy aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten. Er habe die rumänische Regierung ersucht, bis heute, Mittwoch abend mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit sei oder nicht. Der Rücktritt Bratianus und seine Ersetzung durch General Averescu dürften auf diese Aufforderung zurückzuführen sein. Die Form eines Ultimatums, das eine Drohung in sich schließt, sei der Aufforderung nicht gegeben worden.

Wie wir erfahren, ist die durch die Agence Havas verbreitete Meldung von einem Ultimatum der deutschen an die rumänische Regierung nicht zutreffend. Richtig ist, daß der Generalfeldmarschall v. Mackensen mit der rumänischen Heeresleitung in Verhandlungen eingetreten ist, um die Entscheidung über das Fortbestehen des seiner Zeit mit dem General Tischerbatschew abgeschlossenen, für Russen und Rumänen gemeinsamen Waffenstillstandes herbeizuführen, nachdem durch das augenblickliche Verhältnis zwischen Ukrainern und Rumänen eine Klärung dieser Frage notwendig geworden ist.

Die Abgrenzung des neuen ukrainischen Staates soll in polnischen Kreisen starken Widerspruch finden. Nach einer Wiener Meldung erwartet man in Polenkreisen den Rücktritt des polnischen Regentschaftsrates und des Ministeriums wegen der Angliederung Chelms an die Ukraine. In Krakau wurden alle Theater geschlossen. Viele Häuser haben schwarz geflaggt. Der österreichische Polenklub tritt Sonnabend zu einer Vollsitzung zusammen, in der eine stürmische Kundgebung gegen Czernin und die österreichische Regierung erwartet wird. Dem Pester Lloyd wird dazu aus Wien von unterrichteter Seite mitgeteilt: Hinsichtlich der künftigen Staatsangehörigkeit des in der Vergangenheit viel umstrittenen Cholms stehen die Regierungen der Mittelmächte auf dem Standpunkt, daß für sie in dieser Frage nicht die aus der Geschichte abgeleiteten Ansprüche der Polen allein maßgebend sein dürften. Die Mittelmächte haben sich in Brest-Litowsk mit Bezug auf die im ehemaligen Zarenreiche wohnenden Völker zur Anerkennung der Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes der Völker verpflichtet. Gerade die seit langem ungeklärte Frage des Cholmer Gebietes gehört zu den Fragen, die auf Grund der angenommenen Verpflichtungen offenbar nur im Einvernehmen mit den Wünschen der Bevölkerung gelöst werden können. Im Friedensvertrag mit der Ukraine ist von einer gemischten Kommission zur Regelung der noch ungelösten Grenzfragen die Rede. In dieser Kommission dürfte den Polen eine Vertretung eingeräumt werden.

Ueber die Kämpfe der polnischen Truppen in Rußland schreibt das Organ des nationalen Zentrums Głos in Warschau unter anderem: Der Krieg Polens mit Rußland ist eine vollzogene Tatsache. Die polnischen Regimenter müssen mit Rücksicht auf den Frieden mit der Ukraine zwischen der Ukraine und den Bolschewiki wählen. Die radikale demokratische Nowa Gazetta vermutet nähere Beziehungen zwischen den kämpfenden polnischen Truppen und der Ukraine und sieht in der Einnahme des russischen Hauptquartiers durch sie den Ausdruck eines ukrainisch-polnischen Verständnisses. Der Goniec-Kujawski in Włocławek, ein aktivistisches Blatt mit Beziehungen zum nationalen Zentrum, ruft aus: „Wir haben den Rubikon überschritten. Das polnische Heer hat die Bolschewiki und ihr Hauptquartier besiegt. Das wird der russische Hochmut und Stolz den Polen nie vergessen. Damit müssen auch die letzten Mohikaner der Russenfreundschaft bei uns rechnen.“

Zur Annullierung der russischen Staatsanleihen.

Petersburg, 10. Februar. Folgendes Telegramm über die Annullierung der Staatsanleihen, angenommen in der Sitzung des Zentralexekutiv-Ausschusses vom 3. Februar, wird veröffentlicht:

1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie aufgenommen worden sind, werden vom 1. Dezember 1917 a. St. an für ungültig erklärt, die Dezembercoupons nicht mehr bezahlt. 2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anleihen verschiedener Unternehmungen gegeben worden sind. 3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert. 4. Kurzfristige Obligationen bleiben in Kraft. Prozente werden nicht bezahlt. Die Obligationen selbst gelten wie Kreditscheine. 5. Minderbemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihen bis zu 10 000 Rubel besitzen, werden durch Anteile der neuen Anleihe der russischen sozialistischen föderativen Räterepublik entschädigt. 6. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unantastbar. Die im Besitze der Sparkassen befindlichen annullierten Anleihen werden auf die Schuld der Republik übernommen. 7. Ueber Entschädigung von Genossenschaften und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet. 8. Die Leitung der Liquidation der Anleihen hat der oberste Volkswirtschaftsrat. 9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank. 10. Die Feststellung der Minderbemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Ersparnisse in allen Betrieben zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben worden sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Alle Schiffsunternehmungen, die Aktiengesellschaften, Handelshäusern und großen Unternehmungen gehören, werden durch Dekret des Volksrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Ausnahmen bilden näher bestimmte kleinere Fahrzeuge. Ferner wird das Projekt eines Dekretes über die Konfiskation der Aktienkapitalien der früheren Privatbanken veröffentlicht. Demgemäß werden alle diese Kapitalien in vollem Umfange konfisziert und der Volksbank der russischen Republik übergeben. Alle Bankaktien werden annulliert und jede Dividendenauszahlung eingestellt. Unter der Bezeichnung „Volkskommissariat für Finanzen“ wird ein Finanzkollegium gegründet.

Zwei Volkskommissare verhaftet.

Stockholm, 13. Februar. (Telunion.) Aus Petersburg meldet Utro Rossij, daß die Kommissare Krasikow und Kozlowski nach einer bei ihnen abgehaltenen Haussuchung verhaftet und in der Peter-Paul-Festung untergebracht worden sind. Den beiden Kommissaren wird zur Last gelegt, daß sie ungeheure Summen von Spekulanten und den Gegnern der Revolution für die Zurücknahme der gegen sie eingeleiteten Verfahren bewogen haben. Sogar Prozesse, die schon angesetzt waren, sind für besondere Summen rückgängig gemacht worden.

Beratungen im Hauptquartier.

Hertling und Kühlmann weilen im Hauptquartier, wo die Entscheidung über die Ostfragen fällt. Die Friedensunterhandlungen in Brest-Litowsk sind zu Ende, die Bevollmächtigten beider Parteien abgereist. Die Demobilisierung des russischen Heeres erscheint uns Tatsache, auch wenn jetzt nachträglich behauptet wird, Krylenko — der plötzlich wieder in Freiheit sein soll, nicht von den Polen verhaftet — und sein Stellvertreter hätten den Befehl zur Abrüstung widerrufen. Rußland hat die Kriegführung eingestellt und wird keine kriegerischen Handlungen mehr unternehmen — die Gründe dafür liegen auf der Hand. Auf der anderen Seite haben die Mittelmächte freie Hand, da sie sich in keiner Weise gebunden haben. Sie könnten das besetzte Gebiet räumen, wenn sie wollten, und könnten es weiter besetzt halten; sie können die jetzigen Linien achten oder angriffsweise vorgehen, neues Land okkupieren. Ganz wie es ihnen politisch richtig erscheint. Sie sind weder rechtlich gebunden, noch haben sie materiellen Widerstand zu befürchten. Die deutsche Regierung kann jetzt von sich aus entscheiden, was ihr notwendig erscheint, um Deutschland vor neuer Kriegsgefahr zu schützen.

Die Entscheidung ist doppelt schwer gemacht durch die zum drittenmal geradezu blödsinnig ungeschickte Art der Berichterstattung aus Brest-Litowsk. Hätte man gestern von dort aus gemeldet, Trotzki habe die Verhandlungen abgebrochen und den Friedensschluß verweigert, aber zugleich Rußlands Widerstandsunfähigkeit und Verzicht auf jeden Widerstand proklamiert, so wäre die Lage klar gewesen. Statt dessen hat man in die ganze Welt hinaus eine Friedenserklärung Trotzkis gedrahtet, und daraufhin hat die ganze Welt Frieden gefeiert. In Sofia, in Wien und Budapest hat man feierliche Zeremonien zu Ehren des glücklich erreichten Friedens abgehalten. Was immer jetzt im deutschen Hauptquartier beschlossen wird — Deutschland wird nicht nur bei seinen Feinden, sondern auch bei seinen Verbündeten als Friedensstörer dastehen. Wir möchten deshalb wünschen, daß man sich wenigstens nicht übereilt in weitere militärische Aktionen hineinstürzt. Der Schutz des besetzten Gebietes und der Ausbau der Staatswesen, die sich dort zu bilden begonnen haben, bieten der deutschen Politik genug Aufgaben.

Im übrigen ist das Verhalten der Bolschewiki der Bankrott der Politik, der Beweis für die gänzliche Torheit der Richtung, die man in Deutschland mit dem Namen des Sklavenführers Spartakus bezeichnet. Diese grundsätzlichen Gegner der Landesverteidigung haben immer erklärt, auch sie würden das Land verteidigen, sobald es sich loslöse, d. h. sobald dieses Land nicht mehr in der Gewalt der besitzenden Klassen sei, sondern von der siegreichen Revolution beherrscht werde. Jetzt stellt sich heraus, daß die einmal zerstörte Kraft zur Landesverteidigung nicht immer aufzubauen ist. Die Jakobiner von 1972 konnten Frankreich verteidigen, die Bolschewiki von 1918 können Rußland nicht schützen. Die russische Revolution lebt jetzt von der Gnade der deutschen Militärmacht, die darauf verzichtet, nach Petersburg zu marschieren, und von dem Schutz, den ihr die deutschen „Sozialpatrioten“ gewähren können. Daß proletarische Taktik für einen solchen Zustand nicht zum Ziele setzen kann, liegt auf der Hand.

Das russische Beispiel zeigt deutlich, was aus Deutschland würde, wenn seine Arbeiter die Politik der Landesverteidigung preisgäben. Wir müßten die Waffen strecken vor Lloyd George und Clemenceau, und unser einziger Schutz wäre nachher die „Macht“ der französischen Sozialdemokratie und englischen Arbeiterpartei und ihre „Liebe“ zum deutschen Volk. Wir müßten blind sein, wollten wir auf diese Brücke treten.

Trotzki hat jetzt lieber offen den Bankrott Rußlands zugegeben, als daß er ihn durch Redensarten verhüllt hätte. Staatsklugheit fordert, da Deutschland die einstweilen in seiner Hand befindlichen Teile der Masse aus dem russischen Staatskonkurs als ehrlicher Treuhänder ohne Eigennutz verwaltet.

Litauens Selbständigkeit.

Niemand zweifelt daran, daß die Reise des Grafen Platen und des Herrn v. Kühlmann nach dem Großen Hauptquartier dem Ziele gilt, Grundlagen für das weitere Vorgehen im Osten zu schaffen, und zwar wird, wie wir hören, zunächst die Selbständigkeitserklärung Litauens ins Auge gefaßt, die vielleicht schon in der allernächsten Zeit erfolgen wird.

Bekanntlich hat im September v. J. in Wilna eine litauische Landeskonferenz getagt, die Mitglieder aller Parteien, im ganzen etwa 200 Personen, umfaßte und sich einstimmig für die Selbständigkeit Litauens aussprach. Die Konferenz wählte einen Landesrat, dem unser Parteigenosse Kairis als zweiter Vorsitzender angehört. Dieser Landesrat hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Selbständigkeit Litauens unter „Anlehnung“ an Deutschland anzustreben sei. Diese „Anlehnung“ soll in Wirtschaftsverträgen aller Art, Post- und Eisenbahnverträgen wie in einer Militärkonvention Ausdruck finden, die jedoch durch die Klausel eingeschränkt wird, daß litauische Truppen nicht in Kolonialkriegen verwendet werden dürfen.

Die Erklärung des litauischen Landesrats würde, um einen in Brest-Litowsk viel verwendeten Ausdruck zu gebrauchen, nur präsumtive Geltung haben. Ihre dauernde Gültigkeit würde erst durch ein Volksvotum auf breiter Grundlage, d. h. also durch eine Volksvertretung des gleichen Wahlrechts oder durch eine allgemeine Volksabstimmung zu begründen sein. Die „Anlehnungs“-Verträge würden selbstverständlich die Zustimmung des Deutschen Reichstags bedürfen.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß Litauen das volle Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechts, sich wieder an Rußland anzuschließen, zu gewähren ist, und daß seine dauernde Bindung an Deutschland kein Ziel ist, das anzustreben im deutschen Interesse liegt.

Der Standpunkt der Petersburger Regierung.

Kopenhagen, 12. Februar. Die Vertreter der russischen Regierung, Kamenew, der sich auf der Reise nach den Ententeländern in Stockholm aufhält, sagte einem Pressevertreter über die russische Friedenserklärung: „Rußland kann und will nicht länger Krieg führen, aber die russische Regierung gibt ihre Grundsätze nur ab und behält sich die Vertretung ihrer Friedensgrundsätze vor, die nicht ausbleiben kann.“ Weiterhin sagte Kamenew, er glaube nicht, daß Deutschland an der Ostfront ganz abrüsten werde; aber es auf eine Grenzwache werde es seine Truppen an die Westfront schicken, was einen weiteren Druck auf die Ententemächte ausüben werde, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen. Auf die Frage, ob Trotzki für seine Friedenserklärung das Einverständnis des russischen Volkes habe, antwortete Kamenew: „Ganz und gar, wenn man annimmt, daß Trotzki eigenmächtig vorgegangen sei. Der Beschluß, eine Erklärung über den Frieden und die Demobilisierung in Brest-Litowsk abzugeben, ist in Petersburg im allgemeinen Arbeiter- und Soldatenkongreß im Beisein Trotzkis gefaßt worden.“

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180213/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG